

Zum Euro

Liebe Mitbürger, Liebe Mitbürgerinnen,

Wirtschaftlich lebt Deutschland wie kaum ein anderes Land in Europa vom Austausch der Waren und Dienstleistungen. Fast Zweidrittel unseres Exportes geht in die Europäische Union, mehr als 40% direkt in die Eurozone. Nur in einem wirtschaftlich gesunden Europa werden wir unsere Fahrzeuge, die Produkte unseres Maschinenbaus, der Stahl- und Chemieindustrie, der Elektrotechnik oder unsere Dienstleistung verkaufen. Wir haben ein herausragendes Interesse daran, dass auch Länder wie Griechenland in die realwirtschaftliche Entwicklung investieren und beispielsweise bei erneuerbaren Energien, aber auch in Transport und Logistik oder mir einer modernen, ökologischen nachhaltigen Tourismuswirtschaft eigene Stärken entwickelt.

Das Auseinanderbrechen der europäischen Währungsunion würde Deutschland einen sehr hohen politischen und wirtschaftlichen Preis abverlangen. Ohne Hilfe würde nicht nur der europäische Integrationsprozess gefährdet werden, sondern langfristig gesehen Steuerzahler mehr belastet. Die nächste Generation würde durch die immense Ansteckungsgefahr von insolventen Staaten eine weitaus größere Bürde tragen müssen.

Die obligatorische Beteiligung von privaten Gläubigern - also insbesondere von Banken - an den Rettungsmaßnahmen finde ich überzeugend. Dadurch wird eine höhere Belastung für die Steuerzahler verhindert oder zumindest verringert. Ein Teilschuldenerlass ist für Griechenland in seiner jetzigen politischen sowie wirtschaftlichen Situation notwendig. Freiwillig werden sich die Banken daran nicht beteiligen.

Die Auszahlung aus dem EFSF werden in Deutschland über das sogenannte Stabilisierungsmechanismusgesetz ermöglicht. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 7. September 2011 klargestellt, dass die bisherigen Hilfen verfassungsgemäß sind, wenn der Deutsche Bundestag ausreichend an der Entscheidung über das "Ob" und "Wie" von Gewährleistungen mitentscheiden kann. Wenn Nothilfemaßnahmen in Anspruch genommen werden, sind damit weitreichende finanzielle Entscheidungen für alle Mitgliedsstaaten und deren Gesetzgeber verbunden. Daher ist es unumgänglich, in jede Gewähr von Nothilfemaßnahmen die nationalen Parlamente soweit als möglich einzubeziehen, damit die Funktionsfähigkeit und Effektivität der Stabilitätsmechanismen nicht gefährdet wird. Die Mitsprache des Parlaments wird bei eiligen Einsätzen von einem dafür zu wählendem kleinen Gremium gewährleistet. Es wird also keine Aushöhlung des Budgetrechts des Deutschen Bundestages geben.

Auch wenn der dauerhafte Rettungsschirm in seiner jetzigen Fassung keine ausreichende Lösung darstellt, müssen wir einen Schritt weiter in Richtung demokratische EU gehen.

Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion, dafür setze ich mich ein. Unser Ziel ist es die europäische Wirtschaft zu stabilisieren und eine für alle Mitgliedsstaaten förderliche Zusammenarbeit unterstützen. Deshalb wird dafür Mitgliedstaaten mit finanziellen Hilfen zu entlasten, aber nicht auf Dauer und nur unter bestimmten Bedingungen.

Und insbesondere um die derzeitigen Probleme zu meistern, brauchen wir nicht weniger

sondern mehr Europa. Nur mit einer starken Europäischen Union wird Deutschland in einer immer mehr globalisierten Welt auch Zukunft wirtschaftlich und politisch eine Rolle spielen.

Ich habe dem ESM zugestimmt. Ohne den Rettungsschirm wäre Griechenland zahlungsunfähig geworden. In der Folge wären diverse Banken pleite gegangen und schwächere, aber zur Zeit noch relativ stabile Länder würden in einem Dominoeffekt ebenfalls kippen.

Natürlich müssen weitere begleitende Maßnahmen hinzutreten, wie z.B. eine Finanzmarkttransaktionssteuer, ein Schuldenschnitt unter Beteiligung von Banken sowie strengere Haushaltskriterien für Europa. Daran werden die SPD Fraktionen sowohl Bundestag als auch im Europäischen Parlament weiter arbeiten.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Lehmann'. The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'K'.